

Nach der dritten Verhandlungsrunde:

Gesamte Kampfkraft einsetzen zur vollen Umsetzung der Forderungen!

Die zweite Verhandlungsrunde der Tarifrunde der Länder fand am 15.01.25 in Potsdam statt. Diese gab wie zu erwarten ein ernüchterndes Ergebnis von der Arbeitgeber*innenseite: Für uns ist klar: Der Vorschlag von 7% bei 29 Monate Laufzeit und 120 € mehr für Azubis in drei Schritten und keinen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte ist absolut inakzeptabel!

Diese minimalen Erhöhungen würden von Inflation und steigenden Lebenshaltungskosten aufgeessen, beziehungsweise laufen durch weiter steigende Kosten nicht einmal auf eine Nullrunde hinaus. Und das bei einer Laufzeit von zweieinhalb Jahren? Wir sagen Nein! Stattdessen sollten wir weiterhin für die volle Umsetzung der Forderungen kämpfen, und jetzt, mehr denn je, gemeinsam und mit so viel Kampfkraft wie möglich! Denn die Arbeitgeber*innen haben gezeigt, dass selbst krasse Reallohnverluste für die Beschäftigten für sie ein Kompromiss sind.

Auch wenn die Ergebnisse in der dritten Runde nochmal leicht angepasst werden sollten, ist für uns klar, dass wir nur eine volle Durchsetzung akzeptieren werden. Die Forderungen waren sowieso schon zu gering und branchenspezifische Forderungen, wie kleinere Schulklasse und Kitagruppen, wurde gleich gar nicht in die Tarifrunde miteinbezogen. Einige Belegschaften kamen sogar zu Forderungen von bis zu 10% bzw. 450€ mehr, wie in der GEW Berlin, oder sogar 600€ mehr für alle, wie es die ver.di Betriebsgruppe der FU Berlin gefordert hatte.

Alle gemeinsam!

Nun müssen die Gewerkschaften so viele Bereiche wie möglich mobilisieren! In den letzten Wochen

sorgten getrennte Streiks und Kundgebungen von GEW und Ver.di und der verschiedenen Branchen (Stichwort: „Streikwoche“) für Verwirrung unter den Beschäftigten. Dies darf nicht passieren. Stattdessen müssen wir gemeinsam auf die Straße gehen, Streikversammlungen in unseren Betrieben organisieren und eine Kampagne zur Urabstimmung für einen unbefristeten Erzwingungsstreik einleiten! Nicht nur die Beschäftigten der Länder sind aktuell in der Tarifauseinandersetzung. So werden beispielsweise bald auch die Beschäftigten bei den Tochterunternehmen der Vivantes, der BVG, sowie der Telekom in den Streik gehen. Auch hier könnte und sollte die Gewerkschaftsführung gemeinsame Mobilisierungen organisieren, und systematisch Solidarität in der arbeitenden Bevölkerung aufbauen. Wir schlagen außerdem vor, dass die Gewerkschaften schnellstmögliche lokale und bereichsübergreifende Streikversammlungen einberufen, welche über mögliche Eskalationsstrategien diskutieren und Streikdelegierte wählen können. Wenn die Führung es nicht tut, dann müssen wir es eben selbst tun, aber dafür müssen wir uns mit euch organisieren!

Geld für den öffentlichen Dienst statt für Rüstung!

Der Verhandlungsführer der Arbeitgeber*innenseite, Hamburgs Finanzsenator Andreas Dressel (SPD), behauptete, Deutschland könne sich den Sozialstaat und die Forderungen der Gewerkschaften nicht mehr leisten.



Instagram:
Netzwerk.verdi
Netzwerk.kaempfung.gew

Netzwerk-verdi.de

nicht mehr leisten. Solche Argumente müssen die Gewerkschaften konsequent zurückweisen, denn eins ist klar: Geld ist da, es wird nur bewusst nicht für die arbeitende Bevölkerung investiert. Stattdessen werden Milliarden in die Rüstungsindustrie und Militarisierung gesteckt, statt in Schulen, Kitas, Universitäten und öffentlichen Dienst. Während Auszubildende im öffentlichen Dienst sich über 120€ mehr über 3 Jahre freuen sollen, bekommen sie bei der Bundeswehr sogar den Führerschein finanziert. So sollen immer mehr junge Menschen zum Militär gedrängt werden, statt in der Verwaltung, in der Bildung oder im Gesundheitswesen zu arbeiten. Auch die real existierenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind Produkt einer verfehlten Innen- und Außenpolitik des Staates und des Kapitals, für die wir nicht zahlen wollen!

Die Gewerkschaften müssen dies ablehnen und klarmachen, dass dies nicht im Interesse der

arbeitenden Bevölkerung geschieht. Die Welt wird durch mehr Waffen oder militärischen Kooperationen mit Israel nicht sicherer, und es geht hier allein um die Interessen der großen Konzerne, nicht um die Verteidigung von Demokratie und Wohlstand. Dass die Ausgaben für Rüstung vorgehen sollen, hat die Tarifgemeinschaft der Länder klar gemacht. Gute Löhne, gute Arbeitsbedingungen und eine nicht-prekäre Anstellung sind bei ihnen nicht vorgesehen.

Deshalb sagen wir: jetzt gemeinsame Streiks organisieren, Urabstimmung für einen unbefristeten Erzwingungsstreik vorbereiten, für die volle Umsetzung der Forderungen! Beschäftigte egal in welchen Gewerkschaften gemeinsam und bereichsübergreifend auf die Straße! Schluss mit der Logik von Sozialpartnerschaft, Sparzwang und Rüstungsspirale!

Wir wollen mit euch das **Ergebnis der dritten Tarifrunde diskutieren und zusammen eine Strategie entwickeln**, wie wir den Streik ausweiten oder einen faulen Kompromiss praktisch ablehnen können, sollte es dazu kommen. Mit dabei sind das "Netzwerk für eine kämpferische ver.di, die ver.di Betriebsgruppe an der FU, das "Netzwerk kämpferische GEW" und "Sick out" (Sozialarbeitende):

Do 19. 02.2026 | 18 Uhr | Mehringhöhe

V.i.S.d.P.A. Teweleit
c/o Netzwerk,
Dieffenbachstr. 17,
10967 Berlin



Instagram:
Netzwerk.verdi
Netzwerk.kaempf.gew

Netzwerk-verdi.de